

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
03.06.2019
Ausschussbetreuender Fachbereich
Kommunalverfassung, Ratsbüro
Schriftführung
Christian Ruhe
Telefon-Nr.
02202-142245

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 21.05.2019

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 17:51 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 12.03.2019 - öffentlicher Teil**
0150/2019
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Optimierung der Konzernstrukturen der Stadt Bergisch Gladbach**
0106/2019
- 6 Umsetzung Haushaltsbegleitbeschluss**
0193/2019
- 7 Übertragung einer Ermächtigung vom Haushaltsjahr 2018 in das Haushaltsjahr 2019 im Kernhaushalt für das Wasserversorgungskonzept nach § 38 Abs. 3 des**

Landeswassergesetzes
0198/2019

- 8 **Feststellung des Jahresabschlusses 2017 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**
0175/2019
- 9 **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2017 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**
0177/2019
- 10 **Feststellung des Jahresabschlusses 2017 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**
0094/2019
- 11 **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2017 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**
0096/2019
- 12 **Wirtschaftsplan 2019 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH**
0202/2019
- 13 **Änderung der „Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Kindertagespflege“**
0184/2019
- 14 **Berufung der Mitglieder in den „Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung“ der Stadt Bergisch Gladbach**
0154/2019/1
- 15 **InHK Bensberg**
- Maßnahme G1 Hof und Fassadenprogramm
- Beschluss der Förderrichtlinien
0135/2019
- 16 **XX. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung)**
0166/2019
- 17 **V. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
0081/2019/1
- 18 **Einwohnerfragestunde**
0152/2019
- 19 **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 19.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 15.04.2019 (eingegangen am 16.04.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen**
0194/2019
- 19.2 **Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2019 (eingegangen am 06.05.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen**
0217/2019

20 Anträge der Fraktionen

20.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 30.04.2019 (eingegangen am 03.05.2019): „Erlass von Baugeboten gemäß § 176 Absatz 1 Baugesetzbuch“

0216/2019

20.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 07.05.2019 (eingegangen am 07.05.2019): „Resolution des Rates der Stadt Bergisch Gladbach - Faire Entlastung der Kommunen beim Unterhaltsvorschuss gefordert“

0208/2019

20.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 06.05.2019 (eingegangen am 07.05.2019): „Digitalisierung der Verwaltung - Teilnahme am Wettbewerb Smart Cities des BMI“

0218/2019

21 Anfragen der Ratsmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Urbach eröffnet um 17:00 Uhr die 31. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der IX. Wahlperiode und stellt fest, dass der Rat rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Für die heutige Sitzung hätten sich Frau Holz-Schöttler, Herr Komenda, Herr Neu (alle SPD-Fraktion), Herr Weber (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Frau Misini (Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL) entschuldigt. Zudem sei Herr Schütz (Ratsmitglied ohne Fraktionszugehörigkeit) nicht anwesend. Herr Haasbach (CDU-Fraktion) nimmt ab 17:05 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö 6), Herr Kraus (CDU-Fraktion) und Herr Santillán (Ratsmitglied ohne Fraktionszugehörigkeit) nehmen ab 17:09 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö 12), Herr Pick (CDU-Fraktion) nimmt ab 17:16 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö 18), Herr Voßler (CDU-Fraktion) nimmt ab 17:19 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö 18) und Frau Casper (CDU-Fraktion) nimmt ab 17:20 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö 19.2) an der Sitzung teil.

Von Seiten der Verwaltung seien Frau Hellwig (FB 5) und Herr Francois (14) entschuldigt.

Als Unterlagen der Sitzung benennt Herr Urbach

die Einladung vom 08.05.2019 mit den dazugehörigen Vorlagen und der Anlage zur Tagesordnung,

die mit Schreiben vom 16.05.2019 übersandte Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung, in die die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 09.05.2019, des Haupt- und Finanzausschusses am 14.05.2019 sowie des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 15.05.2019 eingefügt worden seien sowie

eine ergänzende Unterlage zur Vorlage Nr. 0193/2019 – Umsetzung Haushaltsbegleitbeschluss (Tagesordnungspunkt Ö 6 der heutigen Sitzung) – zur Darstellung der Möglichkeit einer angemessenen externen Beratungsunterstützung für den gesamten Prozess unter finanziellen, inhaltlichen und prozessualen Gesichtspunkten (Prüfauftrag aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.05.2019) als Tischvorlage.

Herr Urbach erläutert, der Haupt- und Finanzausschuss habe in der Sitzung am 14.05.2019 mehrheitlich gegen FDP und mitterechts beschlossen – und dem Rat damit gleichzeitig eine entsprechende Beschlussfassung empfohlen –, die Vorlage Nr. 0081/2019/1 – V. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach – zu vertagen. Die Vorlage sei als Tagesordnungspunkt Ö 17 Bestandteil der Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion und die mitterechts-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die Vorlage Nr. 0081/2019/1 – V. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach – wird vertagt.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Urbach stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 12.03.2019 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 12.03.2019 - öffentlicher Teil**
0150/2019

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

5. **Optimierung der Konzernstrukturen der Stadt Bergisch Gladbach**
0106/2019

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- I. eine kennzahlengestützte Beteiligungsteuerung einschließlich der dazu notwendigen politischen Prozesse und Strukturen inhaltlich und organisatorisch zu konzipieren, den dafür notwendigen Finanz- und Personalbedarf zu beziffern und dies dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen,
- II. die positiven und negativen Auswirkungen der Gründung eines „Eigenbetriebs Daseinsvorsorge“ auf die konkrete Situation in Bergisch Gladbach bezogen vertieft zu untersuchen; verbunden mit dem ohnehin notwendigen Prozess der Überprüfung und - wo notwendig - Neuausrichtung der Strukturen der Kernverwaltung.

Zur weiteren Vertiefung dieser Fragen ist es angesichts des hohen Auslastungsgrads der Verwaltung notwendig, externe Expertise heranzuziehen.

6. **Umsetzung Haushaltsbegleitbeschluss**
0193/2019

Herr Krell dankt der Verwaltung für die vorliegende ergänzende Unterlage. Der FDP-Fraktion gehe es nicht darum, eine externe Beratung für die komplette Analyse und Beurteilung der Produkte heranzuziehen, sondern darum, einen professionellen Moderator zu engagieren, der den Prozess begleite. Dies sei für die FDP-Fraktion eine essentielle Voraussetzung für die Erreichung des gewünschten Erfolges. Er beantrage daher, einen professionellen Moderator für die erste Phase zu beauftragen, wofür Honoraraufwand in Höhe von ca. 38.000 EUR bis 40.000 EUR zu erwarten sei, den er in Anbetracht der Bedeutung des Prozesses als angemessen erachte.

Gegen den Änderungsantrag der FDP-Fraktion stimmen ein Mitglied des Rates aus den Reihen der SPD-Fraktion und ein Mitglied des Rates aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Die übrigen Mitglieder des Rates stimmen für den Antrag.

Der Rat fasst damit mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

Es wird ein professioneller Moderator zur Begleitung der ersten Phase des Prozesses beauftragt. Hierfür sollen Mittel in Höhe von 38.000 EUR bis 40.000 EUR zur Verfügung gestellt werden.

Der Rat fasst unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungsantrages der FDP-Fraktion einstimmig folgenden, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderten Beschluss:

Dem in der Vorlage dargestellten Verfahren zur Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses wird zugestimmt. Es wird ein professioneller Moderator zur Begleitung der ersten Phase des Prozesses beauftragt. Hierfür sollen Mittel in Höhe von 38.000 EUR bis 40.000 EUR zur Verfügung gestellt werden.

7. **Übertragung einer Ermächtigung vom Haushaltsjahr 2018 in das Haushaltsjahr 2019 im Kernhaushalt für das Wasserversorgungskonzept nach § 38 Abs. 3 des Landeswassergesetzes**
0198/2019

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Übertragung einer Ermächtigung vom Haushaltsjahr 2018 in das Haushaltsjahr 2019 im Kernhaushalt für das Wasserversorgungskonzept nach § 28 Abs. 3 des Landeswassergesetzes wird zugestimmt.

8. **Feststellung des Jahresabschlusses 2017 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**
0175/2019

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 3 EigVO die Bilanz zum 31.12.2017 in Aktiva und Passiva mit 12.879.970,81 EUR und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von 278.597,50 EUR fest
2. und nimmt gemäß § 26 Abs. 3 EigVO den Lagebericht 2017 zur Kenntnis.
3. Der Jahresüberschuss 2017 in Höhe von 278.597,50 EUR dient gemäß § 10 Abs. 6 EigVO der anteiligen Tilgung des Verlustvortrages 2015.

9. **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2017 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**
0177/2019

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr.

10. **Feststellung des Jahresabschlusses 2017 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**
0094/2019

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2017 in Aktiva und Passiva mit 316.988.107,71 EUR und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresfehlbetrag von 7.805.656,84 EUR fest.
2. Gemäß § 26 Abs. 3 EigVO wird der Lagebericht 2017 zur Kenntnis genommen.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 7.805.656,84 EUR wird gemäß § 10 Abs. 6 EigVO NRW auf neue Rechnung vorgetragen.

11. Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2017 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“
0096/2019

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden **Beschluss**:

Der Rat beschließt die Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für das Wirtschaftsjahr 2017.

12. Wirtschaftsplan 2019 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH
0202/2019

Herr Krell erläutert, in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses habe seine Anfrage zu dieser Vorlage nicht beantwortet werden können, weshalb er sie heute wiederhole. Laut Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 werde die EBGL einen erheblichen Gewinn erwirtschaften, der zu Ertragssteuer führe, die wiederum einen Mittelabfluss für die Stadt darstelle. Er fragt, warum die Gesellschaft über den Gesellschafterausschuss oder den Aufsichtsrat nicht auf ein Null-Ergebnis gesteuert werde.

Herr Urbach stellt fest, dass die Frage auch in der heutigen Sitzung leider nicht beantwortet werden könne.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, die FDP-Fraktion, die mitterechts-Fraktion und Herrn Santillán bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Die Gesellschafterversammlung der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL) stellt(e) am 15.05.2019, vorbehaltlich eines Weisungsbeschlusses des Rates, den Wirtschaftsplan 2019 der EBGL nach § 9 des Gesellschaftsvertrages fest. Der von der Gesellschafterversammlung getroffene Beschluss wird wie folgt gebilligt:

Die von der Gesellschafterversammlung der EBGL durchgeführte Feststellung des Wirtschaftsplanes 2019 wird hiermit gebilligt und eine entsprechende Weisung i.S. § 113 (1) GO NRW erteilt.

13. Änderung der „Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Kindertagespflege“
0184/2019

Der Rat fasst mehrheitlich gegen Herrn Santillán bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden **Beschluss**:

Die Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Kindertagespflege werden wie in Anlage 1 zur Vorlage beschrieben mit Wirkung zum 01.08.2019 geändert.

14. Berufung der Mitglieder in den „Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung“ der Stadt Bergisch Gladbach
0154/2019/1

Der Rat vollzieht einstimmig folgende **Wahl**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach wählt die in der Vorlage genannten Bewerberinnen und Bewerber in den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“.

Ordentliches Mitglied

Herr Friedhelm Bihn
Frau Andrea Kowalewski-Brüwer
Frau Katharina Kaul
Herr Peter Lücking
Herr Friedrich Wilhelm Kolb
Herr Martin Holst
Herr Jürgen Münsterteicher
Frau Ursula Bundschuh
Frau Roswitha Lawrenz

Stellvertretendes Mitglied

Frau Daniela Ali
Herr Alexander Rosskopf
Frau Anne Skribbe
Herr Ralf Schirmer
Herr Bülent Aydinlioglu
Frau Ingrid Degwitz
Herr Dirk Weber
Frau Angela Mascharz
Frau Sandra Umolac

15. InHK Bensberg
- Maßnahme G1 Hof und Fassadenprogramm
- Beschluss der Förderrichtlinien
0135/2019

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über die Vergabe von Zuwendungen zur Aufwertung privater Gebäude- und Freiflächen werden in der vorliegenden Form beschlossen.

16. XX. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung)
0166/2019

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und Herrn Santillán folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die XX. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung) in der Fassung der Vorlage.

17. V. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach
0081/2019/1

Die Vorlage wurde vertagt.

18. Einwohnerfragestunde
0152/2019

Herr Urbach teilt mit, es liege eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vor. Herr Hoffmann verliest seine Fragen und Herr Urbach beantwortet diese wie folgt:

1. Frage von Herrn Hoffmann:

„Welchen Nutzen bringt es dem Steuerzahler, wenn Herr Urbach und Herr Flüge zur EXPO Real nach München reisen?“

Antwort der Verwaltung:

„Die Stadt Bergisch Gladbach präsentiert sich und den Standort Bergisch Gladbach dort seit Jahren gemeinsam mit anderen Kommunen auf einem Gemeinschaftsstand der „Region Köln-Bonn“. Es werden dort zahlreiche Kontakte geknüpft und Projekte vorbesprochen. Bei der Expo Real handelt es sich um die größte Messe zu den Themen Grundstücksentwicklung und Immobiliennutzung in Deutschland, auf der auch zahlreiche Akteure aus der Region vertreten sind. Dies gilt sowohl für die Privatwirtschaft, als auch für die Kommunen und Ministerien aus NRW. Der Steuerzahler und die Steuerzahlerin profitieren dann mittelbar von z.B. neuen Projektansätzen bei Standortfragen wie der Entwicklung eines Hotelstandortes, Optimierung der Infrastruktur durch Nutzung moderner Technologien, zukunftsfähigen und besseren Verkehrsanbindungen oder einem größeren Angebotsspektrum im Bereich Einzelhandel. Eine Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach ist sehr sinnvoll, da man die Gelegenheit hat, in zwei Tagen mit Menschen zu sprechen, denen man sonst wochenlang hinterhertelefonieren müsste, um zusammenzukommen.“

2. Frage von Herrn Hoffmann:

„War die Reise von Herrn Urbach und Herrn Dekker nach China schön?“

Antwort der Verwaltung:

„Dienstreisen haben in aller Regel nicht den Zweck „schön“ zu sein. Die Reise erfolgte auf Einladung der Stadt Zhangjiagang. Sie war aufschlussreich, interessant und anstrengend.“

3. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wird die Stadt Bergisch Gladbach durch den Kauf des Zanders-Grundstückes erpressbar?“

Antwort der Verwaltung:

„Die Stadt Bergisch Gladbach ist nicht erpressbar, da Sie zeitgleich zum Ankauf des Zanders-Areals das Grundstück zur Betriebsfortführung der Papierfabrik zur Verfügung gestellt hat. Diesbezüglich wurde zum 01.01.2019 ein Pachtvertrag zwischen der Zanders GmbH i.l. und der Stadt geschlossen, der auf den Neueigentümer der Papierfabrik, der Zanders Paper GmbH, grundsätzlich übertragbar ist. Sollten hier Änderungswünsche seitens der neuen Zanders Paper GmbH bezüglich Pachtdauer und/oder Pachthöhe bestehen, gilt es, diese zu verhandeln. Das Ziel der Stadt ist nach wie vor, dass sie als Eigentümerin das Grundstück zum Fortbestand der Papierfabrik Zanders am Standort Gohrsmühle weiterhin zur Verfügung stellen möchte, wozu ein marktgerechter Mietzins zu entrichten ist. Die Stadt ist bei der Festsetzung der Miethöhe an das EU-Recht – genauer an den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) – gebunden. Dieser untersagt jede Form von staatlicher Begünstigung gegenüber einem Unternehmen – auch nicht aus wirtschafts- oder sozialpolitischen Gründen.“

4. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wie viele Stellen muss die Stadt Bergisch Gladbach abbauen, um 25 Millionen EUR für einen ausgeglichenen Haushalt einzusparen?“

Antwort der Verwaltung:

„Um das strukturelle Defizit nur über die Personalkosten ausgleichen zu können, müssten ca. 350 Stellen nicht nur abgebaut, sondern auch das vorhandene Personal entlassen werden. Dies macht deutlich, dass der Ausgleich nur über die Personalkosten nicht möglich sein wird.“

5. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wie verträgt sich das Ziel der Stadt Bergisch Gladbach, 25 Millionen EUR für einen ausgeglichenen Haushalt zu sparen, mit den Kosten für eine Machbarkeitsstudie für eine Seilbahn in Bergisch Gladbach?“

Antwort der Verwaltung:

„Sehr gut, da für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie über eine mögliche Seilbahnverbindung noch kein Geld eingeplant ist, welches demzufolge auch nicht ausgegeben werden kann.“

6. Frage von Herrn Hoffmann:

„Ist es nachhaltig, wenn die Stadt Bergisch Gladbach in Kunstrasenplätze investiert, obwohl diese nicht länger als zehn bis 15 Jahre halten?“

Antwort der Verwaltung:

„Ja, dies ist nachhaltig, denn dann muss nicht der gesamte Kunstrasenplatz neu hergestellt, sondern lediglich die oberste Schicht ausgetauscht werden.“

7. Frage von Herrn Hoffmann:

„Seit dem 01.07.2017 muss sich jede Prostituierte in Deutschland anmelden. Wie viele Frauen haben sich nach dem Prostituiertenschutzgesetz in Bergisch Gladbach angemeldet?“

Antwort der Verwaltung:

„Die Zuständigkeit für die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes liegt beim Rheinisch-Bergischen Kreis. Dementsprechend ist dieser auch zuständig für die Entgegennahme der Anmeldungen. Seitens der Stadt Bergisch Gladbach kann daher keine Auskunft über die Anzahl der Anmeldungen gegeben werden.“

8. Frage von Herrn Hoffmann:

„Hat die Kommunalaufsicht des Kreises der halben Stelle für die Heimatförderung beim Stadtmarketing zugestimmt?“

Antwort der Verwaltung:

„Die Kommunalaufsicht des Kreises hat zwischenzeitlich dem gesamten Haushalt 2019/2020 und damit auch dem Stellenplan zugestimmt, der diese zusätzliche halbe Stelle beinhaltet.“

9. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum können die Mitarbeiter des Stadtmarketings nicht zusätzliche Anträge für die Heimatförderung stellen?“

Antwort der Verwaltung:

„Das ist eine neue Aufgabe in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Stadtmarketing, für die die personellen Kapazitäten nicht zur Verfügung stehen, da die Kolleginnen und Kollegen mit den bisherigen Aufgaben sehr gut ausgelastet sind.“

10. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wird der Steuerzahler unnötig belastet, weil die Gemeinnützige Gesellschaft der Franziskanerinnen zu Olpe, die die KITA Wohnpark Bensberg übernimmt, möglicherweise ihren Mitarbeitern Betriebsrenten bezahlt?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein, die Förderung der Kindertagesstätten erfolgt unabhängig von der Trägerschaft über die im KiBiZ vorgegebenen Pauschalen und im Rahmen der städtischen Richtlinien zur Förderung von Kindertagesstätten.“

11. Frage von Herrn Hoffmann:

„Kann es im Sinne der Stadtverwaltung sein, dass die GFO bei der Einstellung fragt, ob man der katholischen oder evangelischen Kirche angehört und Bewerber, die aus der Kirche ausgetreten sind, ablehnt?“

Antwort der Verwaltung:

„Ich gehe davon aus, dass die Auswahl und Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die GFO unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und der hierzu ergangenen, auch höchstrichterlichen Rechtsprechung erfolgt. Demnach darf eine Religionszugehörigkeit bei Einstellungen nur dann zur Bedingung gemacht werden, wenn dies für die Tätigkeit objektiv geboten und damit wesentlich und entscheidend für die konkrete Arbeit ist. Eine Prüfung, ob diese Voraussetzungen im Einzelfall erfüllt sind, obläge im Streitfall der Judikative und nicht der Stadt Bergisch Gladbach.“

12. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum gibt es in Bergisch Gladbach eine Bädergesellschaft mbH und eine Bäderbetriebsgesellschaft mbH?“

Antwort der Verwaltung:

„Die Bäderbetriebsgesellschaft wurde im Zuge des Anteilerwerbs der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH an der Belkaw GmbH als Tochtergesellschaft der Belkaw GmbH gegründet. Sie nimmt die bis dahin bei der Bädergesellschaft liegenden operativen Aufgaben des Bäderbetriebs wahr. Durch die Gründung können im Gesamtkonstrukt der Belkaw-Beteiligung fortlaufend steuerliche Vorteile durch einen Querverbund geltend gemacht werden. Weiterhin ist durch die vertraglich festgelegte Abdeckung des Verlustes der Bäderbetriebsgesellschaft der defizitäre Badbetrieb dauerhaft gesichert. Eine Aufgabenüberschneidung existiert nicht.“

13. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wann wird die Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L. voraussichtlich aufgelöst?“

Antwort der Verwaltung:

„Wenn sämtliche Aufgaben und Leistungen aus ihrem ursprünglichen Gesellschaftszweck abgewickelt wurden.“

14. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum ist die Stadt Bergisch Gladbach überhaupt Gesellschafterin der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L. geworden?“

Antwort der Verwaltung:

„Weil das Verkehrsbauwerk Bensberg mit Busbahnhof und U-Bahn-Haltestelle sonst niemals gebaut worden wäre!“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Die Ratsmitglieder nehmen die vorgetragenen Einwohnerfragen und die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

19. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

19.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 15.04.2019 (eingegangen am 16.04.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen
0194/2019

Herr Klein stellt auf entsprechende Nachfrage Herrn Urbachs unter Bezugnahme auf die diesbezüglichen Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage dar, der sechste Sitz in der Liste der auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL gewählten stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses solle mit Frau Watzlawik besetzt werden.

Der Rat fasst unter Berücksichtigung dieser mündlich vorgetragenen Änderung mehrheitlich gegen Herrn Santillán folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderung beschlossen: Der sechste Sitz in der Liste der auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL gewählten stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses wird mit Frau Watzlawik besetzt.

19.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2019 (eingegangen am 06.05.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen
0217/2019

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen wird beschlossen.

20. Anträge der Fraktionen

20.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 30.04.2019 (eingegangen am 03.05.2019): „Erlass von Baugeboten gemäß § 176 Absatz 1 Baugesetzbuch“
0216/2019

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 30.04.2019 (eingegangen am 03.05.2019): „Erlass von Baugeboten gemäß § 176 Absatz 1 Baugesetzbuch“ wird ohne Aussprache zur Beratung an den Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss sowie – im Falle etwaiger finanzieller Auswirkungen – an den Haupt- und Finanzausschuss vor einer abschließenden Entscheidung im Rat überwiesen.

20.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 07.05.2019 (eingegangen am 07.05.2019): „Resolution des Rates der Stadt Bergisch Gladbach - Faire Entlastung der Kommunen beim Unterhaltsvorschuss gefordert“
0208/2019

Herr Waldschmidt erläutert, der Rat diskutiere alljährlich im Rahmen der Beratung des Haushaltes die schlechte Finanzausstattung der Kommunen und fordere immer wieder die Einhaltung des Konnexitätsprinzips ein. Diese Grundprinzipien würden im vorliegenden Sachverhalt nicht eingehalten. Die Städte und Gemeinden seien zu 30% an den Kosten für den Unterhaltsvorschuss beteiligt und deshalb müssten ihnen auch die Rückgriffseinnahmen zu Gute kommen. Das neue Gesetz sehe vor, dass alle Einnahmen, die das Landesamt für Finanzen aus dem Rückgriff der Neufälle erziele, nach Abzug des Bundesanteils vollständig beim Land verblieben. Dies werte er als Angelegenheit der Stadt Bergisch Gladbach und die Forderungen der SPD-Fraktion würden mit der Auffassung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände übereinstimmen. Er hoffe, dass die Stadt Bergisch Gladbach und viele andere Kommunen dem Landtag ihre diesbezügliche Auffassung mitteilen würden.

Herr Urbach erläutert, es sei zu begrüßen, dass die SPD-Fraktion seit dem Wechsel der Landesregierung die Landespolitik aufmerksam verfolge, was in den Jahren zuvor nicht derart intensiv der Fall gewesen sei. Betreffend den vorliegenden Antrag fehle es jedoch erneut am konkreten, spezifischen und örtlichen Bezug zur Stadt Bergisch Gladbach, weshalb die Verwaltung wieder die Absetzung von der Tagesordnung ohne inhaltliche Befassung empfehle.

Herr Steinbüchel äußert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu dem zweiten Punkt der Resolution. Der erste Punkt der Resolution sei jedoch für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht zustimmungsfähig, da praxisfern. Er wisse aus eigener beruflicher Erfahrung, dass viele Unterhaltspflichtige in persönlichen Gesprächen zu Unterhaltszahlungen bewegt werden könnten. Wenn dies demnächst durch eine zentrale Stelle in Düsseldorf übernommen werde, könnten persönliche Gespräche mit Unterhaltspflichtigen wohl in vielen Fällen nicht mehr stattfinden. Die Einnahmen würden dadurch sicherlich nicht höher, sondern eher geringer ausfallen. Nach Vorstellung der Landesfinanzverwaltung sollen die städtischen Jugendämter elektronische Akten anlegen und die Fälle am 01.07. der Landesfinanzverwaltung übersenden, wodurch die Arbeit weiter vor Ort bei den Jugendämtern anfallen würde. Für eine Einarbeitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Unterhaltsheranziehung würden ein bis eineinhalb Jahre benötigt. Die Landesfinanzverwaltung werde daher vermutlich darauf angewiesen sein, bei den Jugendämtern qualifiziertes Personal abzugeben, was in Anbetracht einer besseren Vergütung/Besoldung in der Landesverwaltung wohl auch gelingen und im Falle einer Übertragung auch der Bestandsfälle noch verstärkt würde. Insgesamt sei das Gesetz aus diesen Gründen nicht durchdacht.

Herr Urbach fragt, ob dies bedeute, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN um getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2 der beantragten Resolution bitte, falls der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt würde, was von Herrn Steinbüchel bejaht wird.

Herr Dr. Metten dankt Herrn Steinbüchel für dessen Ausführungen, die aus seiner Sicht gleichzeitig aufzeigen würden, dass die Einschätzung der CDU-Fraktion, dem Antrag aus formalen Gründen nicht zuzustimmen, richtig sei. Es überschreite die Kompetenzen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, in dieser Angelegenheit zu entscheiden.

Herr Ebert erläutert in Bezug auf die Ausführungen Herrn Steinbüchels, dessen Bericht aus beruflichen Erfahrungen sei bereichernd. Er wisse allerdings aus eigener beruflicher Erfahrung, dass Bedienstete der Landesverwaltung nicht besser vergütet/besoldet würden, als Bedienstete der Kommunen. Es bestünden für das Land im Wesentlichen die gleichen Eingruppierungsregelungen, wie für die Kommunen und der Tarifvertrag für die Länder sei nicht so üppig gestaltet, wie der Tarifvertrag für die Kommunen, so dass eine Beschäftigung im Dienst des Landes finanziell nicht attraktiver sei als eine Beschäftigung im Dienst einer Kommune.

Der Rat fasst mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der mitterechts-Fraktion und des Bürgermeisters (33 Stimmen) gegen die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und Herrn Santillán (24 Gegenstimmen) folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 07.05.2019 (eingegangen am 07.05.2019): „Resolution des Rates der Stadt Bergisch Gladbach – Faire Entlastung der Kommunen beim Unterhaltsvorschuss gefordert“ wird von der Tagesordnung der Sitzung des Rates am 21.05.2019 abgesetzt.

20.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 06.05.2019 (eingegangen am 07.05.2019): „Digitalisierung der Verwaltung - Teilnahme am Wettbewerb Smart Cities des BMI“
0218/2019

Herr Buchen erläutert, es gehe der CDU-Fraktion mit ihrem Antrag um mehr als die Digitalisierung der Verwaltung, nämlich um Stadtentwicklung im digitalen Zeitalter. Da es für eine Teilnahme an der ersten Förderrunde bereits zu spät wäre, beantrage die CDU-Fraktion die Vorbereitung einer Teilnahme an der zweiten Förderrunde.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 06.05.2019 (eingegangen am 07.05.2019): „Digitalisierung der Verwaltung – Teilnahme am Wettbewerb Smart Cities des BMI“ wird ohne Aussprache zur Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss vor einer abschließenden Entscheidung im Rat überwiesen.

21. Anfragen der Ratsmitglieder

Herr Kreutz: Anfrage zur Neuaufstellung des Regionalplanes

Herr Kreutz fragt, ob es zutreffe, dass die Stadt seitens der Bezirksregierung aufgefordert worden sei, bis Ende des Monats zu melden, ob und falls ja welche neuen Flächen in den neuen Regionalplan aufzunehmen seien. Falls die Frage zu bejahen sei, bitte er um Auskunft über den Inhalt der Meldung und zu der Frage, zu welchem Zeitpunkt die städtischen Gremien mit der Angelegenheit befasst worden seien bzw. warum sie nicht damit befasst worden seien.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Steinbüchel: Anfrage zur Einwohnerfragestunde

Herr Steinbüchel erläutert, nach seinem Kenntnisstand liege den Fraktionen eine E-Mail einer Bürgerin aus Katterbach vor, die keinen OGS-Platz erhalten und angekündigt habe, in der heutigen

Sitzung zur Einwohnerfragestunde zu erscheinen, die nach den Regelungen der Geschäftsordnung um 18:00 Uhr beginne. Er fragt, ob der Verwaltung eine entsprechende Einwohnerfrage vorliege.

Herr Ruhe antwortet, die Verwaltungsbereiche seien gehalten, Einwohnerfragen schnellstmöglich an das Ratsbüro weiterzuleiten. Zur heutigen Sitzung sei außer der Einwohnerfrage Herrn Hoffmanns keine weitere Einwohnerfrage im Ratsbüro eingegangen.

Herr Urbach ergänzt, die Verwaltung werde um 18:00 Uhr oder nach Abschluss des nicht öffentlichen Teils – falls dieser vor 18:00 Uhr ende – der Sitzung prüfen, ob sich jemand vor dem Sitzungssaal aufhalte, um eine Einwohnerfrage zu stellen.

Herr Steinbüchel: Anfrage zu Wahlplakaten an Straßenlaternen an der Altenberger-Dom-Straße
Herr Steinbüchel erläutert, an der Altenberger-Dom-Straße seien die Straßenlaternen mit Wahlplakaten behängt worden. Aktuell würden die Laternen gegen neue Laternen ausgetauscht und die angebrachten Wahlplakate würden dabei entfernt. Er rege an, die Plakate sollten nach Austausch der Laternen wieder an diesen angebracht werden.

Herr Urbach antwortet, Herr Kremer habe sich den Hinweis notiert, um ihn schnell weiterleiten zu können. Ob es allerdings noch vor der Europawahl gelinge, die Plakate wieder anzubringen, sei fraglich.

Herr Krell: Anfrage zur Machbarkeitsstudie Cargo-Cap

Herr Krell erläutert, in der Presse sei berichtet worden, dass die Universität Düsseldorf Fragen an lokale Unternehmer und Gewerbetreibende zum Projekt Cargo Cap unter der Prämisse gestellt habe, dass die Stadt plane, ein derartiges Projekt zu realisieren. Dabei handele es sich offensichtlich um eine falsche Aussage. Er fragt, aus welchem Grund die nicht als Kompetenzzentrum für Logistikfragen bekannte Universität Düsseldorf mit dieser Studie beauftragt worden sei, wie es dazu kommen könne, dass die Universität die Umfrage mit einem falschen Statement einleite und ob dies nicht Anlass sein sollte, das Projekt zu stoppen.

Herr Flügge antwortet, die Stadt Bergisch Gladbach beteilige sich auf Beschluss des Rates an einer Machbarkeitsstudie. Das Projekt ruhe auf vielen Schultern und für die operative Abwicklung, d.h. auch für die Bearbeitung von Zuschriften an Firmen sei die Stadt nicht zuständig; hierzu erfolge allerdings normalerweise eine enge Abstimmung. Der von Herrn Krell vorgetragene Sachverhalt sei der Verwaltung jedoch bisher nicht bekannt gewesen.

Herr Krell: Anfrage zu Prüfaufträgen betreffend Baumaßnahmen zur Schaffung zusätzlicher OGS-Plätze

Herr Krell bittet Herrn Martmann unter Bezugnahme auf die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses um einen Sachstandbericht zu den dem Immobilienbetrieb erteilten Prüfaufträgen betreffend Baumaßnahmen zur Schaffung zusätzlicher OGS-Plätze.

Herr Martmann antwortet, es bestünden zahlreiche Prüfaufträge und diese würden, so schnell wie mit dem vorhandenen Personal möglich, sukzessive abgearbeitet. Der Immobilienbetrieb prüfe praktisch an allen Standorten, was machbar sei. Maßnahmen, die sich günstig umsetzen ließen, würden umgesetzt; Maßnahmen, für die größere Investitionen nötig wären, würden in die Finanzplanung aufgenommen. Leider sei nicht alles finanziert, was eigentlich notwendig wäre. Die OGS sei „durch die Hintertür“ eingeführt worden und bis heute nicht optimal aufgestellt. Die OGS-Landschaft sei nicht befriedigend, aber der Immobilienbetrieb leiste, was möglich sei – im Sinne der Eltern, die dringend auf Plätze angewiesen seien.

Herr Urbach ergänzt, es handele sich um eine interdisziplinäre Aufgabe, an der die Kolleginnen und Kollegen in den Bereichen Planung, Schulen, Jugend und Soziales, Hochbau usw. sehr engagiert arbeiten würden. Sein Dank gelte auch den Schulen und den OGS-Trägern, die viele Provisorien mittragen würden, um mittelfristig Perspektiven für bauliche Veränderungen möglich zu machen.

Herr Außendorf: Anfrage zum Flächennutzungsplan

Herr Außendorf bittet darum, in die Vorlage zur erneuten Befassung des Rates mit dem Flächennutzungsplan eine Liste aufzunehmen, die darstelle, welche konkreten Eingaben zu einer materiellen Änderung des Vorentwurfes und des Entwurfes des Flächennutzungsplanes geführt hätten.

Frau Gerhardus: Anfrage zum Flächennutzungsplan

Frau Gerhardus bittet um schriftliche Beantwortung der Frage, was der im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes beauftragte Beratungsauftrag und -umfang des Architektur- und Stadtplanungsbüros Post Welters gewesen sei und wie die Stadt nun Regressforderungen geltend mache.

Die schriftliche Beantwortung wird von Herrn Urbach zugesagt.

Herr Klein: Anfrage zu einer China-Reise des Bürgermeisters und zu Stadtseilbahnen

Herr Klein fragt, warum die China-Reise Herrn Urbachs und Herrn Dekkers aufschlussreich, was daran interessant und was besonders anstrengend gewesen sei, und ob der Bürgermeister seine Auffassung teile, dass es weltweit zwar keine funktionierenden Cargo-Cap-Systeme, aber viele funktionierende Stadtseilbahnen gebe.

Herr Urbach antwortet bezüglich Herrn Kleins Anfrage zu einer China-Reise, als ihn die Interessenbekundung der chinesischen Stadt betreffend eine mögliche Städtepartnerschaft erreicht habe, hätte er diese unter Verweis auf dringende Aufgaben schlicht ablehnen können. Er habe dies jedoch nicht getan und den Haupt- und Finanzausschuss über die Interessenbekundung informiert. Falls jemand glaube, dass eine solche viertägige Reise „Spaß“ machen würde, dann habe derjenige eine solche wohl noch nie selbst unternommen. Er habe in China ein Programm absolviert, dass keine halbe Stunde Freizeit gelassen habe. Dies sei sehr interessant und aufschlussreich, aber auch schlicht und ergreifend anstrengend gewesen. Dabei sei die laufende Arbeit für die Stadtverwaltung nicht liegen geblieben, sondern mittels mobiler Endgeräte durchgehend weiterbearbeitet worden. Er habe sich vor der Entscheidung, sich mit der Thematik weiter zu befassen, mit den mit Städtepartnerschaften befassten Kolleginnen und Kollegen in der Kölner Stadtverwaltung beraten, die ihm – wie zuvor auch schon betreffend Palästina – von guten Erfahrungen mit Partnerschaften mit chinesischen Städten berichtet hätten. Daher habe er sich entschieden, zunächst vor Ort Menschen kennenzulernen, um einschätzen zu können, ob eine solche Partnerschaft eine Chance haben könnte. Er werde seine Erfahrungen aufbereiten, in einer der nächsten Sitzungen dem Haupt- und Finanzausschuss ausführlich Bericht erstatten und eine Empfehlung abgeben, wie in der Sache weiter verfahren werden solle. Nach seinem jetzigen Erkenntnisstand würde er der Stadt empfehlen, sich mit der Thematik weiter zu beschäftigen. Die über das Internet veröffentlichten Ausführungen Herrn Santilláns hierzu seien im Übrigen schlicht falsch gewesen. Natürlich spiele der wirtschaftliche Aspekt eine Rolle, aber alle anderen Aspekte würden genauso eine Rolle spielen. Bezüglich Herrn Kleins Anfrage zu Stadtseilbahnen fehle es ihm an der nötigen fachlichen Kompetenz, um eine Einschätzung abgeben zu können.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:44 Uhr.